



Liebe Leserinnen und Leser,

die intensive zweite Hälfte des Sitzungsjahres hat gerade Fahrt aufgenommen, da wird die Bundespolitik schon überlagert von den jüngsten Landtagswahlen und den daraus erwachsenen Diskussionen. Und so wenig überraschend die Ergebnisse grundsätzlich kamen, so drastisch und vor allem für uns als CDU schmerzhaft fielen sie aus.

Eines jedenfalls ist klar: Die Menschen wollen jetzt keine weitere Floskel-Runde à la: „Wir haben verstanden“, „Wir müssen...“, „Wir werden...“. Stattdessen geht es um das, wofür ich von Beginn an politisch angetreten bin: Ums MACHEN! Mit Blick auf die von uns eingeleiteten Reformen kann das nur bedeuten: Jetzt erst recht!

Diese Erwartungshaltung spiegelt sich auch in den zahlreichen sehr offenen Gesprächen, die ich in den vergangenen Wochen daheim im Wahlkreis geführt habe – mit unseren Stadtverbänden, mit unseren Senioren, beim Katholiken-Verband. Fazit: Wer jetzt immer noch nicht erkennt, was die Stunde geschlagen hat, dem ist nicht mehr zu helfen. Und das gilt auch und besonders für unseren Koalitionspartner.

Den Rückblick auf diesen diskussionsreichen Monat und eine ausführliche Einordnung der aktuellen Lage finden Sie im Folgenden. Viel Vergnügen damit!

Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener



Kurs halten in schwerer See!

Warum die Fortsetzung unserer Reformen jetzt nötiger ist denn je

Die wirtschaftlichen Nachrichten waren zuletzt besser. Die jüngste Gemeinschaftsdiagnose erwartet für dieses Jahr endlich wieder ein Wachstum mit einer Eins vor dem Komma! Das ist erfreulich und zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Gleichzeitig warnen die Institute aber zu Recht vor einem „Aufschwung mit Strukturproblemen“. Denn ein erheblicher Teil des Wachstums wird derzeit durch höhere staatliche Ausgaben getragen. Ein sich selbsttragender Aufschwung sieht anders aus.

Die strukturellen Herausforderungen bleiben groß. China ist längst keine Volkswirtschaft im Aufholprozess mehr, sondern konkurriert mit uns in zentralen Wertschöpfungsbereichen. Und neue Zölle treffen Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft besonders hart. Gleichzeitig sind viele unserer Probleme hausgemacht: Hohe Lohnnebenkosten, zu viel Bürokratie und hohe Energiekosten belasten unsere Unternehmen und bremsen private Investitionen.

Auch die Lage der öffentlichen Haushalte zeigt, dass wir uns dauerhaft schwaches Wachstum nicht mehr leisten können.

Einschließlich des Sondervermögens sind für 2027 neue Kredite in Höhe von mehr als 200 (!) Milliarden Euro vorgesehen. Unsere Kommunen haben 2025 mit knapp 32 Milliarden Euro das höchste Defizit seit der Wiedervereinigung verzeichnet!

Deshalb brauchen wir Reformen. Nicht als Selbstzweck und schon gar nicht als „Kahlschlag“, sondern um die Grundlagen unseres Wohlstands dauerhaft zu sichern. Denn nur mit mehr Wachstum werden wir in der Lage sein, unseren Wohlstand und unsere sozialen Sicherungssysteme langfristig zu finanzieren.

Die jüngsten Wahlergebnisse machen diese Aufgabe nicht einfacher. Für mich sind sie aber kein Grund, notwendige Veränderungen aufzuschieben. Im Gegenteil: Wir müssen weitere Reformen auf den Weg bringen, fair ausgestalten und vor allem zeigen, wohin der Weg führen soll.

Die Welt um uns herum wartet nicht auf Deutschland. Deshalb müssen wir jetzt **Kurs halten – gerade in schwerer See.**

In den Medien

Deutschlandfunk:

„Zu Spritpreisen – Interview Klaus Wiener“

[Hier den Beitrag hören.](#)

Live auf Phoenix:

„Finanzielle Entlastungen: Der Handlungsdruck ist groß“

[Hier den Beitrag sehen.](#)

Lokalklick:

„Klaus Wiener im offenen Dialog beim KKV“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Schützenfest mit Kaiserkuchen



Standhaftes Sommerbrauchtum im frühherbstlichen Dauerregen: Mitglieder und Freunde des **Schützenvereins Langenfeld 1834** trotzten den widrigen Bedingungen rund um ihr Fest inklusive Königschießen. Zur Belohnung gab es leckeren selbstgemachten Kaiserkuchen.

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier.](#)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.9.2026



WAHLKREIS



Diskussionsfreudige Haaner Senioren

Heimspiel im Kreise geballter Lebenserfahrung: Mein Besuch bei der **Senioren-Union Haan** wurde wie immer zum munteren Meinungsaustausch in gemütlicher Runde. Dr. Thomas Bremen und sein Team sorgten für einen wie immer gleichermaßen geselligen wie diskussionsfreudigen Nachmittag, der einmal mehr gezeigt hat: Unsere Senioren sind politisch auf der Höhe der Zeit!



Innovationen durch Forschungsförderung

Spannender Termin zum Thema „Innovation und Mittelstand“ im **Stahlzentrum** in Düsseldorf: Mit den Forschungsvereinigungen Stahlanwendung (FOSTA) sowie Füge-, Trenn- und Beschichtungstechnik (DVS) sprach ich ausführlich über das **Förderprogramm „Industrielle Gemeinschaftsforschung“** (IGF) des Wirtschaftsministeriums, wobei mir konkrete Forschungsarbeiten im VDEh-Betriebsforschungsinstitut vorgestellt wurden. Dieses Programm ist ein Paradebeispiel dafür, wie gut Bundesmittel angelegt sind, wenn man sie richtig priorisiert: Indem sie – wie hier – zu Innovationen und damit zu unserer technologischen Wettbewerbsfähigkeit beitragen.



Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener



Wirtschaft und Werte beim KKV Monheim

Christdemokrat trifft christlichen Sozialverband: Bei meinem Besuch beim Monheimer **KKV**, dem örtlichen Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung, ging es wie immer nicht nur um unsere aktuelle Bundespolitik und deren wirtschaftspolitische Schwerpunkte, sondern auch um das grundsätzliche Werteverständnis in Staat und Gesellschaft. Herzlichen Dank an Herbert Süß und seine Mitstreiter für einen lebendigen Austausch voller interessanter Denkanstöße!

Basisbesuch in Mettmann und Langenfeld



„Tacheles“ in den Stadtverbänden: Bei meinem Besuch bei der **CDU Langenfeld** (Foto oben) und der **CDU Mettmann** (Foto unten) nutzten deren jeweilige Mitglieder die Gelegenheit, in offenen Worten mit mir über die Bundespolitik zu sprechen und dabei ihre persönlichen Einschätzungen und Erwartungen zu adressieren. In beiden Fällen zeigte sich Dreierlei: Wir sind *erstens*: immer noch eine lebendige Partei mit *zweitens*: einem breiten Meinungsspektrum, in der man gleichwohl *drittens*: erwartet, dass die Bundespolitik eine stärkere CDU-Handschrift bekommt.





Bundestkanzler Friedrich Merz hat den Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand zu einem Gespräch ins Bundeskanzleramt eingeladen. Im Austausch ging es um die Ergebnisse der zurückliegenden Landtagswahlen und vor allem um die Frage, wie wir die anstehenden Reformen zügig umsetzen: bei den Sozialversicherungen, beim Bürokratieabbau und bei der Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Einig waren wir uns: Jetzt kommt es auf die Umsetzung an. Die Menschen und die Betriebe erwarten, dass Reformen nicht nur angekündigt werden, sondern im Alltag spürbar ankommen. Der Kanzler kann dabei auf die Unterstützung des Parlamentskreises Mittelstand zählen.

Podcast-Aufnahme zum Altersvorsorgedepot

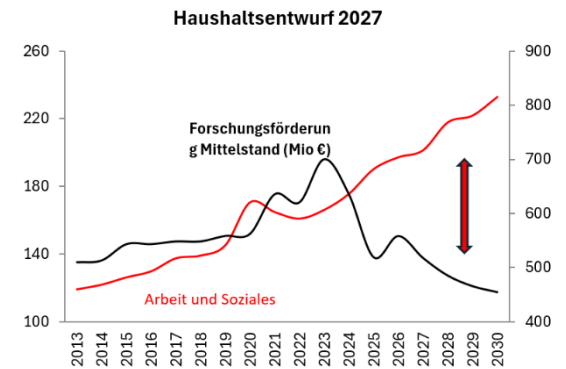
Wie baut man in jungen Jahren Vermögen fürs Alter auf? Darüber habe ich mit Juri Galkin gesprochen, Autor und Host des [Altersvorsorgedepot-Podcasts](#), der jungen Hörerinnen und Hörern Finanzwissen verständlich vermitteln will.

Im Mittelpunkt stand das Altersvorsorgedepot, das ab 2027 die Riester-Rente ablösen wird. Gerade für junge Menschen mit einer langen Ansparphase eröffnet dies attraktive Möglichkeiten, langfristig und renditeorientiert fürs Alter vorzusorgen.

Investitionen stärken, Wettbewerb sichern

Im September standen im Plenum der Haushalt 2027 und die Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auf der Agenda. [In meiner Rede zum Etat des Wirtschaftsministeriums](#) habe ich deutlich gemacht: Das höhere Wachstum im ersten Halbjahr ist erfreulich, aber kein Grund, sich zurückzulehnen. Denn während die öffentlichen Investitionen auf knapp 120 Milliarden Euro steigen, liegen die Unternehmensinvestitionen seit 2024 rund sechs Prozent im Minus. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen für private Investitionen konsequent verbessern. Dazu gehört für mich auch, bei der Forschungsförderung für den Mittelstand nicht zu kürzen. Hier setze ich auf Nachbesserungen im parlamentarischen Verfahren.

[In meiner zweiten Rede](#) ging es um die 12. Novelle des Kartellrechts. Die Soziale Marktwirtschaft lebt von zwei Dingen: flexiblen Preisen, die relative Knappheiten anzeigen können, und einem möglichst vollständigen Wettbewerb. Nur dann profitieren Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen. Die Novelle soll Kartellverfahren beschleunigen, das Bundeskartellamt entlasten und den Wettbewerb stärken. Gleichzeitig habe ich deutlich gemacht, dass staatliche Eingriffe verhältnismäßig und rechtsstaatlich klar begrenzt bleiben müssen. Denn am Ende gilt: Funktionierende Märkte sind keine ordnungspolitische Nebensache – sie sind eine Grundlage unseres Wohlstands.



Forschungsförderung für den Mittelstand

Der Etat für Arbeit und Soziales liegt schon heute bei unfassbar hohen 200 Milliarden Euro. Dennoch soll er bis 2030 um weitere 36 Milliarden Euro steigen. Für die Forschungsförderung des Mittelstands stehen im Etat des Wirtschaftsministeriums dagegen nur rund 770 Millionen Euro zur Verfügung – mit rückläufigem Trend. Diese Entwicklung sehe ich mit Sorge! Gerade der Mittelstand ist auf Forschung und Innovation angewiesen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Viele kleinere Unternehmen haben keine eigenen Forschungsabteilungen. Programme wie das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) ermöglichen ihnen den Zugang zu Forschung und Innovation. In den Haushaltsberatungen müssen wir deshalb genau hinschauen, dass hier nicht am falschen Ende gespart wird. Wer heute bei Innovation kürzt, schwächt morgen die Grundlage unseres Wohlstands. Denn nur mit Innovation, Investitionen und Wachstum können wir auch unseren Sozialstaat langfristig finanzieren.

Hauptstadt-Besuch aus dem Südkreis

Erneut sind zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus dem Südkreis im Rahmen einer politischen Bildungsfahrt nach Berlin gekommen. Da die Gruppe während einer Sitzungswoche zu Gast war, konnte ich sie persönlich im Bundestag zum Gespräch treffen. Weitere Höhepunkte waren der Besuch der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, wo die Gruppe Ministerpräsident Hendrik Wüst begegnete, sowie des Konrad-Adenauer-Hauses. Dazu kamen viele weitere Eindrücke aus dem politischen Alltag der Hauptstadt. Solche Fahrten zeigen immer wieder: Ein Blick hinter die Kulissen ist ein besonderes Erlebnis.





Die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind besorgniserregend. Zweimal wurde eine zumindest in Teilen rechtsextreme Partei stärkste Kraft, einmal eine linksextreme. Was schlimmer ist, möge jeder selbst für sich entscheiden. Ich jedenfalls bin über das starke Abschneiden beider politischen Ränder entsetzt.

Wie zu erwarten war, hat unmittelbar nach den Wahlen sofort ein intensiver Kampf um die Deutungshoheit der Wahlergebnisse begonnen. Wahrscheinlich erscheint mir, dass die schweigende Mehrheit in unserer Gesellschaft über viele Jahre Entwicklungen hinnehmen musste, die sie im Grunde nie wollte: Ob unkontrollierte Migration, grassierender Sozialmissbrauch, steigende Kriminalität oder „Political Correctness“ in all ihren Ausprägungen: All das hat über Jahre zu einer steigenden Unzufriedenheit geführt, die sich jetzt an Wahltagen entlädt; leider an der falschen Stelle. Und was Berlin angeht: Hier hat der dringende Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum eine für meinen Geschmack gesichert linksextreme Partei zur stärksten Kraft gemacht. Klar ist, dass „Die Linke“ mit ihren sozialistischen Enteignungsfantasien keinen zusätzlichen Wohnraum schaffen wird. Im Gegenteil: Investoren werden Berlin den Rücken kehren, und bezahlbarer Wohnungen dürfte damit noch knapper werden.

Einige interpretieren die Wahlergebnisse auch als Protest gegen den aktuellen Reformkurs der Regierung. Dies halte ich für falsch. Aus zahlreichen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern weiß ich, dass die Menschen sehr gut verstanden haben, vor welchen Herausforderungen unser Land steht. Ob demografischer Wandel, US-Zölle, russisches Aggressionsverhalten oder Klimawandel: Die Herausforderungen waren selten so groß wie jetzt. Deshalb sind die meisten Menschen sehr wohl bereit, Reformen mitzutragen. Was mir aber immer wieder zugerufen wird: Die Menschen wollen, dass der Reformprozess fair ist und ein klar definiertes Ziel hat. Was heißt das konkret?

- Die meisten Bürgerinnen und Bürger wollen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag leisten, nicht nur die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Wenn wir das Gesundheitssystem stabilisieren und die Alterssicherung reformieren, dann müssen beispielsweise auch die Beamten Teil der Lösung sein.
- Es muss einen Unterschied machen, ob jemand über viele Jahre einen Beitrag zu den sozialen Sicherungssystemen geleistet hat oder nicht. Wenn alle gleichbehandelt werden, ganz gleich, wieviel sie beigetragen haben, dann ist das eben auch eine Form von sozialer Ungerechtigkeit, die viele Menschen stört.
- Genauso bedeutsam ist, dass das Ziel klar ist. Die Menschen wollen wissen, wofür sie jetzt einen Verzicht leisten sollen. Für mich heißt das: Wir müssen erklären, wie die Reformen dazu beitragen können, dass es dem Land perspektivisch wieder besser geht. Wenn die Lohnnebenkosten fallen, die Bürokratie zurückgebaut wird und Energie wieder bezahlbar wird, dann wird die deutsche Wirtschaft auch dauerhaft wieder stärker wachsen. Dann ist „Wohlstand nicht alle“, wie eine große Zeitschrift jüngst getitelt hat, dann gibt es wieder „Wohlstand für alle“, so wie Ludwig Erhard es einst formuliert hat.

Manchmal höre ich auch, wir sollten weniger verändern und die Erneuerung nicht so forcieren. Leider haben wir keine Wahl, denn die Welt hat sich massiv geändert. China ist keine Volkswirtschaft im Aufholprozess mehr, sondern ein hochentwickeltes Land. Es macht uns mittlerweile in vielen Bereichen Konkurrenz. Die USA sind mich mehr der Handels- und Sicherheitspartner, die sie für viele Jahre nach dem zweiten Weltkrieg für uns waren. Wir müssen neue Handelspartner finden und unsere Verteidigungsfähigkeit erhöhen. Und schließlich verändert sich die Welt technologisch in rasanter Geschwindigkeit. Künstliche Intelligenz ist hier das Stichwort. Wenn wir hier international dabei sein wollen, dann brauchen wir neue Firmen mit neuen Geschäftsmodellen und sehr viel bezahlbare Energie.

Nach den jüngsten Landtagswahlen scheint mir klar: Wir dürfen nicht nachlassen, besser zu werden. Statt den Reformprozess zu verlangsamen, müssen wir Kurs halten. Für mich gilt deshalb: Jetzt erst recht!